

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

N^o 281.

Dienstag den 8 October

1867.

Verhandlungen der Stadtverordneten

am 20. September 1867.

(Auf Grund des Protokolls bearbeitet und veröffentlicht.)

Einem Rathesbeschlusse.

mit den Herren Fleischermeister Klarner und Kaufmann Alfred Thiemme einen Vergleich dahin abzuschließen, daß erstere gegen eine Gewährung von 50 Thlr., letzterer gegen eine dergl. von 20 Thlr. auf alle etwaigen Ansprüche gegen die Stadtgemeinde wegen einer behaupteten Grunddienstbarkeit an dem Marckallgebäude verzichtet, trat das Collegium einstimmig bei.

Die Ratheszusage,

die Ablehnung der Wahl zum unbesoldeten Stadtrathe Seiten Herrn Kaufmann Rosenstock unter Berufung auf § 97 c. der Städteordnung betr., gab dem Vorsteher Joseph zu der Bemerkung Veranlassung, daß in einer der nächsten, wahrscheinlich nächsten Sitzung eine Neuwahl werde vorgenommen werden.

Zur Tagesordnung übergehend berichtete der Vorsteher sodann über eine Ratheszusage, nach welcher der am 7. Januar 1863 verstorbene hiesige Kaufmann Herr Christian Morgenstern in einem Codicille zu seinem Testamente 5000 Thlr. zu folgender Bestimmung legirt hat:

„Ferner bestimme ich 5000 Thlr. zur freien Disposition meines Bruders für städtische Interessen von Instituten oder sonstigen Wohlthaten nach seinem Ermessen.“

Dieses ein Jahr nach dem Tode des Herr Christian Morgenstern zahlbare Legat war von dessen Erben nach Ablauf dieser Frist sammt Zinsen an den Bruder desselben, Herrn Universitätsrath Dr. Eduard Morgenstern ausgezahlt worden. Der Rath forderte daher diesen auf, den letzten Willen seines Bruders durch Ausantwortung des gedachten Vermächtnisses an den Rath Behufs der Verwahrung und Verwaltung, sowie durch Mittheilung seiner Entscheidung über die Art der Verwendung zu erfüllen.

Wir sind hierbei (fährt der Rath fort) von der Auffassung ausgegangen, daß ein Vermächtniß, welches, ohne einer bestimmten Person zugewendet zu sein, für städtische Interessen ausgesetzt ist, der Stadt zukomme, mithin uns, als deren Vertretern, das hier fragliche Vermächtniß zur Verwaltung überwiesen werden müsse, während allerdings die Bestimmung über die Art der Verwendung Herrn Hofrath Dr. Morgenstern zustand.

Der Letztere ist unserer wiederholten Aufforderung lediglich insoweit nachgekommen, als er in zwei Posten 5600 Thlr. nominalwerth in Effecten ohne Talons und Coupons zu unserm Depositem geliefert und zwei Verwaltungsrechnungen bei uns eingereicht hat, wonach die Zinsen, soweit sie nicht zum Ankaufe von Werthpapieren verwendet worden oder als Cassenbestand verblieben sind, von ihm zu milden Zwecken verausgabt worden sind, aber nicht durchaus stiftungsgemäß, sondern zum großen Theile zu Privatwohlthaten, so daß wir uns genöthigt sahen, gegen derartige Verwendung Verwahrung einzulegen und uns den Anspruch auf Erstattung der nicht stiftungsmäßig verwendeten Beträge vorzubehalten.

Inmittelst ist Herr Hofrath Dr. Morgenstern, ohne die von uns verlangte Bestimmung getroffen zu haben, verstorben, und wir hatten nunmehr von den Erben nur noch Ausantwortung der Coupons und Talons und Rechnungsablegung zu verlangen, die oben erwähnte Bestimmung zu treffen, als ein höchst persönliches mit dem Tode des Genannten erloschen ist. Um die Sache im Wege der Verhandlung auszugleichen, ersuchten wir den Schwiegersohn des Verstorbenen, Herrn Adv. Dr. Hößler, die Erben zur Herausgabe der Talons und Coupons, sowie zur Rechnungsablegung zu veranlassen, dies hat jedoch keinen Erfolg gehabt und wir haben daher beschloffen, die Klage gegen die Morgenstern'schen Erben anzustellen und Herrn Adv. Moritz Hennig damit zu beauftragen.

Die Herren Stadtverordneten ersuchen wir ergebenst, uns Ihre Zustimmung hierzu zu ertheilen und Zeugniß hierüber zugehen zu lassen.“

Hierzu bemerkte nun der Vorsteher Joseph, daß der Bevollmächtigte der Dr. Morgenstern'schen Erben, Herr Dr. Hößler, zu ihm gekommen und ihm eröffnet habe, daß sie, die Erben, durchaus die Verwaltung oder Bestimmung über Verwendung des Legates zu beanspruchen, daß jedoch unmündige Erben concurrirten, in Betreff welcher erst das Vormundschaftsgericht Entscheidung fassen müsse; sie seien hierbei überzeugt, daß dieses einwilligen werde. Unter solchen Umständen sei es angemessen, dem Rathe zu empfehlen, vorläufig von Anstellung des Proceßes abzusehen.

Die Versammlung erklärte sich mit diesem Vorschlage einhellig einverstanden.

Weiter referirte der Vorsteher über den Beschluß des Rathes, Herrn Adv. Hennig Actorium zu den Proceß der Stadtgemeinde gegen den Vater der Dienstmagd Ernestine Schönsfeld, den Hausbesitzer Schönsfeld zu Stöngsch bei Pögnitz, wegen Erstattung von 115 Thlr. 29 Ngr. Kur- und Verpflegungskosten für seine Tochter, welche im Georgenhanse und Jakobshospitale krank untergebracht worden war, zu ertheilen.

Die Schönsfeld war am 22. Januar d. J. von der Königl. Polizeidirection Dresden in ihre Heimath gewiesen, erkrankte auf der Reise und wurde vom Königl. Gerichtsamt Meissen per Bahn hierher nach Leipzig, und nicht in ihre Heimath Stöngsch dirigirt.

Der Rath führte nach vergeblichen Verhandlungen mit dem Gerichtsamt Meissen, welches mit gar nicht zur Sache gehörigen Gründen dem Rathe antwortete, wegen Ersatzleistung durch dieses endlich Beschwerde bei der Königl. Kreisdirection Dresden, welche indeß den Anstand nahm, das G.-A. Meissen zur Erstattung der Kosten im Verwaltungswege anzuhalten und den Rath auf den Administrativ-Justizproceß verwies.

Das Ministerium des Innern, an welches sich der Rath weiter beschwerend wendete, hielt die Verfügung der Kgl. Kreisdirection Dresden und jene Verweisung des Rathes auf den Administrativ-Justizproceß aufrecht.

Der Rath hat aber den Administrativ-Justizweg nicht beschritten, weil der Vater der Schönsfeld nach eingezogener Erkundigung in der Lage ist, Ersatz zu leisten.

Da dieser zu bezahlen sich aber entschieden weigert, will der Rath gegen ihn klagen werden.

Herr Consul Spiess ist gegen den Rathesbeschlusse und empfiehlt die Betretung des Administrativproceßes.

Dem entgegen wünscht Herr Adv. Dr. Georgi den Beitritt zum Rathesbeschlusse und trat das Collegium mit 34 gegen 14 Stimmen dem Rathesbeschlusse bei.

Herr Dr. Heine referirte sodann Namens des Bauauschusses über Anlegung einer Parallelstraße der Gerberstraße. (Der Rathesbeschlusse darüber ist in Nr. 263 dieses Blattes vom Jahre 1867 bereits veröffentlicht.)

Der Ausschuss hatte der Versammlung den Beitritt zum Rathesbeschlusse sowohl in Betreff der Ausführung, als der Entnahme der hierzu erforderlichen Kosten aus dem Stammvermögen empfohlen.

Herr Jul. Müller hielt den definitiven Abschluß dieser Angelegenheit für sehr wünschenswerth. Es bliebe nichts weiter übrig, als zuzustimmen, da man mit der Gerberinnung sich nicht weiter auf Verhandlungen einlassen könne und die Straße ausgeführt werden müsse.

Die nun zu beschleunigende Ausführung aber dem Rathe dringend zu empfehlen, wolle er beantragen.

Einstimmig trat das Collegium den Ausschussanträgen sowie dem Antrage Herrn Jul. Müller's bei.

Für den Finanzausschuss berichtete sodann noch Herr Adv. Dr. Georgi über